

vorwärts EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

KÄMPFEN LOHNT SICH!

*Wiese Genossinnen
und Genossen*

jetzt sind es noch drei Wochen. Drei Wochen, um alle Kräfte zu mobilisieren, damit wir am 24. September sagen können: Es ist geschafft. Wir haben ein klasse Ergebnis. Wir bekommen eine Mehrheit jenseits der Union. Martin Schulz kann Kanzler werden!

Ich habe auf meiner Sommertour durch die Wahlkreise in Baden-Württemberg viele Veranstaltungen und Aktionen erlebt – und ich weiß: Die Genossinnen und Genossen vor Ort sind voll motiviert und lassen sich auch durch Umfragen nicht den Siegeswillen nehmen. Wir wollen gewinnen, weil wir Angela Merkel ablösen wollen: für mehr Gerechtigkeit, für mehr Investitionen, für ein soziales Europa. Das geht mit CDU und CSU eben nicht. So sieht es aus:

Zeit für mehr Gerechtigkeit

■ Wir wollen unbefristete Jobs, tarifgebunden und gut bezahlt – und Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer. Und wir wollen die Managergehälter deckeln. Die Union will den Mindestlohn aufweichen und sachgrundlose Befristung beibehalten.

■ Wir wollen gute Renten, ein stabiles Rentenniveau und die Solidarrente. Die Union will das Rentenniveau absenken. Denn wer nichts macht, sorgt dafür, dass bereits beschlossene Kürzungen wirksam werden.

■ Wir wollen gute Gesundheitsversorgung für alle – und zwar gerecht finanziert: Die Bürgerversicherung. Die Union will die zwei-Klassen-Medizin – und Arbeitnehmer zahlen mehr als Arbeitgeber.

■ Wir wollen gebührenfreie Bildung und Investitionen in Schulen und Betreuung. Die Union hat keinen Plan gegen bröckelnden Putz – und die Eltern sollen weiter zahlen.

■ Wir wollen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, vor allem Familien. Die Union will Steuergeschenke für Spitzenverdiener und reiche Erben.

■ Wir wollen eine gut ausgestattete Bundeswehr, aber keine Aufrüstungsspirale. Die Union hört auf Donald Trump und will 30 Milliarden pro Jahr zusätzlich für Panzer und Drohnen.

■ Wir wollen mutige Reformen für ein starkes und einigtes Europa. Die Union steht für zwölf Jahre Spaltung in Europa – und hat keinen Plan für die Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind für ein Deutschland, das in die Zukunft aufbricht. Wir sind für ein Deutschland, in dem es gerecht zugeht. Es geht vielen von uns gut. Das soll so bleiben. Wir haben aber auch diejenigen im Blick, denen es – warum auch immer – nicht so

gut geht. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen, wie es Willy Brandt einmal gesagt hat – in einem gemeinsamen Europa, das ein Bollwerk für Gerechtigkeit, für Zusammenhalt und gegen Rechtspopulismus wird. Dafür steht unser Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat.

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen erlebt, wie sehr Martin Schulz die Probleme der Menschen am Herzen liegen. Deshalb: Kämpfen lohnt sich. Bis zum Wahltag am 24. September. Die schwarze Null ist kein Programm!

*Erste
Liesi Immanuel*



FOTO: BENJAMIN STOLLENBERG

BREYMAIER: „RICHTIG KOCHEN WIRD ES IM SEPTEMBER“

Kleiner Landesparteitag feiert Premiere in Balingen

Auf dem kleinen Landesparteitag in Balingen hat Leni Breymaier zu einer Aufholjagd im Bundestagswahlkampf aufgerufen. „Wir haben mit Martin Schulz einen Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten, der in einer Weise von der Partei getragen wird, wie wir es noch nie erleben konnten. Wir haben ein Programm, das zu ihm passt, das zu uns passt – und vor allem, das zu Baden-Württemberg, zu Deutschland und zu Europa passt!“

Zuletzt seien Wahlen oft auf den letzten Metern entschieden worden, betonte die SPD-Chefin. „Die heiße Phase des Wahlkampfes beginnt jetzt. Und richtig kochen wird es erst im September.“ Sie stellte sich auch hinter die Forderung von Martin Schulz nach einer Investitionspflicht des Staates für die Infrastruktur etwa von Schulen und Universitäten: „Wir setzen auf Zukunftsperspektiven und nicht auf

Schäubles schwarze Null.“ Das Thema Rente dürfe nicht so diskutiert werden, als ob nur Niedriglöhner betroffen seien. „Wer eine gescheite Rentenpolitik will, muss SPD wählen. Wer CDU wählt, wählt Rentenkürzungen.“

Dabei war der kleine Landesparteitag eine Premiere: Dieses neue Gremium wurde erst im vergangenen Jahr im Parteistatut geschaffen, um mehr Zeit für Debatten zu haben und den Meinungsbildungsprozess von unten nach oben zu stärken. In Balingen haben sich die 180 Delegierten mit den Themen Pflege und Kinderarmut beschäftigt. So fordert die SPD Baden-Württemberg im Pflegebereich – wie auch im Gesundheitsbereich – eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger einzahlen, also auch Beamte und Freiberufler. Die heutige Trennung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung soll wegfallen.





LEITANTRAG ZUR PFLEGE BESCHLOSSEN

Mehr Personal bei fairer Bezahlung ermöglichen

Die Gesellschaft wird älter. Damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen mit unterschiedlichsten Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarfen. Auf dem Parteitag wurde deshalb das Thema Pflege intensiv auch mit externen Fachleuten diskutiert – zum Beispiel mit Christopher Hermann, Vorstandsvorsitzender der AOK, dem Vorsitzenden des VdK Roland Sing, Fachbereichsleiterin Irene Gölz von verdi sowie der Heim- und Pflegedienstleiterin Christine Schlenker. Außerdem waren die SPD-Gesundheitspolitikerinnen Hilde Mattheis und Sabine Wölfle sowie die ehemalige Sozialministerin Katrin Altpeter mit dabei.

Anschließend verabschiedeten die Delegierten einstimmig einen umfassenden

Leitantrag, der sich für bessere Finanzierung und personelle Ausstattung der Pflege einsetzt. Insbesondere die bessere Bezahlung von Pflegekräften stand dabei im Fokus. So soll das Konzept der 24-Stunden-Pflege ausgebaut, das Ehrenamt gefördert, ein bundeseinheitlicher Rahmen für Gesundheitsberufe und ein Branchentarifvertrag Soziales geschaffen sowie eine Reform des Pflegeberufgesetzes angestrebt werden.

Pflegende Angehörige sollen durch vielfältige Maßnahmen Unterstützung und Entlastung bekommen. Das neue Konzept zur Familienarbeitszeit soll dafür sorgen, dass Angehörige sich auch für die Pflege freistellen lassen können und dafür Lohnersatzleistungen erhalten.





Mitte Juli war der Kanzlerkandidat zu Gast in der **Stuttgarter** Liederhalle. Beim Leserforum der Stuttgarter Zeitung mit den Stuttgarter Nachrichten stellte er sich den Fragen der Chefredakteure und aus dem Publikum. „Der Wahlkampf hat noch gar nicht richtig begonnen“, gab sich der SPD-Vorsitzende gewohnt kämpferisch. Dabei suchte er auch direkt die Auseinandersetzung mit Angela Merkel: „Wer mit mir nicht in den Boxring will, dem laufe ich nach und hole ihn rein.“ Von den über 1700 interessierten Bürgerinnen und Bürgern verabschiedete er sich am Schluss mit den Worten: „Ich komme wieder – als Kanzler!“

Im Juli besuchte Martin Schulz auch das Werk von Gardena in **Niederstotzingen**, einem führenden Hersteller von Gartengeräten. Da ihm die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in ein aktives Arbeitsleben am Herzen liegt, informierte er sich auf Einladung von Leni Breymaier über das dortige AWO-Modellprojekt „Verlängerte Werkbank“. Der SPD-Chef sagte zu, sich dafür einzusetzen, längerfristig geförderte Beschäftigungsverhältnisse des sozialen Arbeitsmarkts einzurichten. Denn für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose seien zeitlich befristete Lösungen in der Beschäftigungsförderung nicht ausreichend, so auch Birgit Koepsel von der Geschäftsführung der AWO.

MARTIN SCHULZ UNTERWEGS IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Danach besuchte Martin Schulz noch den Archäopark bei **Stetten**. Hier sagte er zu, um europäische Hilfen für das frisch gebackene Weltkulturerbe der UNESCO zu werben. Leni Breymaier und der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch erhoffen sich dadurch viel – denn nach Verleihung des Welterbe-Titels könne man den Betrieb erst recht nicht mehr der Stadt Niederstotzingen allein überlassen.

Die Tour des Kanzlerkandidaten in Baden-Württemberg geht jetzt in der heißen Wahlkampfphase weiter. Bis zur Bundestagswahl wird Martin Schulz im Rahmen seiner „Live-Tour“ im September viermal im Land Station machen – siehe Seite V.





**SEI DABEI,
WENN MARTIN
SCHULZ IN
BADEN-
WÜRTTEMBERG
IST!**

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird zu wenig in die Zukunft investiert. Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber der Wohlstand kommt längst nicht bei allen an.

Mit einem einfachen „Weiter so“ lässt sich die Zukunft unseres Landes nicht gewinnen. Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zu Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit. Deutschland kann mehr.



Politik ist eine ernsthafte Sache – das heißt aber nicht, dass verschiedene Aktionen nicht auch eine Menge Spaß machen können. Nach dem „Pappkameraden“ Martin Schulz (Bilder unten) ist es nun aber Zeit für das Original (Bild oben). Zuerst im Wahlkampf vor Ort, dann in Berlin im Kanzleramt!



BÖBLINGEN:
Mittwoch, **13. SEPTEMBER**, 14.30 Uhr
Marktplatz Böblingen

FREIBURG:
Samstag, **16. SEPTEMBER**, 12.30 Uhr
Platz der alten Synagoge

KARLSRUHE:
Samstag, **16. SEPTEMBER**, 16.00 Uhr
Platz für Menschenrechte vor dem ZKM

HEIDELBERG:
Dienstag, **19. SEPTEMBER**, 15.00 Uhr
Universitätsplatz Heidelberg

**MARTIN SCHULZ PACKT AN.
ES IST ZEIT FÜR
MEHR GERECHTIGKEIT.**



„3-1-2“ – LENI HÖRT ZU

Die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt

Mit ihrer „3-1-2“-Aktion tourt Leni Breymaier seit Sommeranfang durch Städte und Gemeinden in ganz Baden-Württemberg. Das Konzept ist einfach, aber wirkungsvoll: Zwei Klappstühle, ein Tisch – und insgesamt sechs Minuten Zeit für ein direktes Gespräch. Drei Minuten hört die Spitzenkandidatin den Bürgerinnen und Bürgern zu, eine Minute antwortet sie und zwei Minuten wird abschließend diskutiert. Gestoppt wird die Zeit von drei bunten Sanduhren.

„Es heißt immer, Politikerinnen und Politiker hören nicht zu, das will ich für mich nicht gelten lassen“, erklärt Leni Breymaier. Und sie ist von den Themen der SPD überzeugt: „Ich habe bei vielen

dieser Gespräche das Gefühl, dass wir mit unserem Wahlprogramm richtig liegen.“ Rente sei ein großes Thema, aber auch Steuergerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Viele setzen sich einfach zu mir hin und erzählen von ihren persönlichen Problemen. Jeder Mensch hat sein Leidenschaftsthema – und ich lerne bei den Gesprächen viel dazu.“

Die Themen und Wünsche sammelt die SPD-Landesvorsitzende in ihrem Notizbuch und will sie in Berlin in die Bundespolitik einbringen. „Mir ist es wichtig zu wissen, was die Leute in Baden-Württemberg umtreibt. Ich will ihnen eine laute und starke Stimme im Bundestag geben.“



3 1 2
WAS WOLLEN SIE MIR SAGEN?

NEHMEN SIE EINFACH PLATZ.

3 Ich höre Ihnen 3 Minuten zu.

1 Dann versuche ich eine Minute auf das Gesagte einzugehen.

2 Und am Ende sprechen wir noch 2 Minuten miteinander.

IHRE LENI BREYMAIER





LENI BREYMAIER PER RAD AUF WAHLKAMPFTOUR

Das Land und die Leut' erleben – dafür tritt die Spitzenkandidatin gerne in die Pedale

SPD-Spitzenkandidatin Leni Breymaier hat ihren Wahlkreis Aalen-Heidenheim im August per Fahrrad erkundet. Mit ihrem Team und vielen begeisterten Begleiterinnen und Begleitern fuhr die SPD-Landesvorsitzende eine ganze Woche lang kreuz und quer durch den Landkreis Heidenheim und den Ostalbkreis.

„Sommerzeit ist für mich auch Radfahrzeit. Seit vielen Jahren bin ich wenigstens eine Woche im Jahr mit dem Rad auf Tour“, so Leni Breymaier. 300 Kilometer ging es bergauf und bergab – von Amstetten über Heidenheim und Oberkochen bis hin zur Endstation in Essingen-Tauchenweiler. Durch das Lonetal – natürlich mit Besuch des neuen UNESCO-Weltkulturerbes Archäopark

Vogelherd –, weiter entlang der Brenz und der Jagst, dann durch das Härtsfeld über die europäische Wasserscheide ins Steinheimer Becken und das Wental.

Jede Etappe bot spannende Einblicke in die Geschichte, die Natur und das Leben der Menschen entlang der Strecke. Gespräche mit den Bürgermeistern vor Ort standen ebenso auf dem Programm wie Infostände der SPD oder ein Besuch des AWO-Ferienlagers in Heidenheim. Nach der Woche auf dem Drahtesel ist Leni Breymaier begeistert: „Bei dieser Radtour konnte ich die Geschichte von den Wurzeln der Menschheit bis zu den aktuellen Problemen unserer Zeit erleben. Danke an alle, die mitgeradelt sind und die sich die Zeit genommen haben, mich zu empfangen!“



TERMINE IM SEPTEMBER

Sonntag, 3. Sept. • 20:15 Uhr

TV-Duell Martin Schulz vs. Angela Merkel

Montag, 4. Sept. • 10:00 Uhr

Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart

Mittwoch, 6. Sept. • 14:00 Uhr

„Zukunft der Mobilität“, Liederhalle Stuttgart

Freitag, 8. Sept. • 17:30 Uhr

ASF-Landesvorstand als Telko

Sa. 9. und So. 10. Sept.

Jugendgewerkschaftskongress, Stuttgart

Di. 12. bis Do. 14. Sept.

Klausur der Landtagsfraktion, Stuttgart

Dienstag, 12. Sept.

AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

Mittwoch, 13. Sept. • 16:00 Uhr

Martin Schulz Kundgebung, Böblingen

Samstag, 16. Sept. • 14:00 Uhr

Martin Schulz Kundgebung, Freiburg

Samstag, 16. Sept. • 17:30 Uhr

Martin Schulz Kundgebung, Karlsruhe

Montag, 18. Sept. • 20:15 Uhr

Wahlarena mit Martin Schulz, ARD

Montag, 18. Sept. • 18:15 Uhr

AGS-Landesvorstand, Stuttgart

Dienstag, 19. Sept. • 16:30 Uhr

Martin Schulz Kundgebung, Heidelberg

Sonntag, 24. Sept. • 8:00 bis 18:00 Uhr

Bundestagswahl

Montag, 25. Sept. • 17:30 Uhr

Präsidium, Stuttgart

Montag, 25. Sept. • 18:30 Uhr

Landesvorstand, Stuttgart

Freitag, 29. Sept. • 16:00 Uhr

ASG-Landesvorstand, Stuttgart

Freitag, 29. Sept. • 18:30 Uhr

AfA-Landesvorstand, Stuttgart

Freitag, 29. Sept.

ASF-Landesvorstand

Samstag, 30. Sept. • 10:30 Uhr

ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

TERMINE IM OKTOBER

Mi. 4. bis Do. 05. Okt.

AG 60 plus-Bundeskonferenz, Wolfsburg

Freitag, 6. Okt. • 17:30 Uhr

ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 7. Okt.

Kreisvorsitzendenkonferenz

Samstag, 7. Okt.

Landesvorstand

Montag, 9. Okt. • 18:30 Uhr

AfA-Landesvorstand, Stuttgart

Montag, 16. Okt. • 18:15 Uhr

AGS-Landesvorstand, Stuttgart

Dienstag, 24. Okt

AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

TÜR-ZU-TÜR-WAHLKAMPF



Auch in Baden-Württemberg läuft der Haustürwahlkampf auf vollen Touren. Alle Kandidierenden sind mit ihren Teams unterwegs, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den 38 Wahlkreisen zu erreichen. Generalsekretärin Luisa Boos ist mit Unterstützung dabei – wie hier Nezaket Yildirim in Forst. Am 30. August tritt Luisa Boos mit einem Karlsruher SPD-Team länderübergreifend gegen den rheinland-pfälzischen Generalsekretär Daniel Stich bei einem „Tür-zu-Tür-Battle“ an. Ziel beider Teams ist es, die meisten Menschen zu erreichen. Das Duell wird auf den sozialen Netzwerken begleitet.

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM SEPTEMBER

zum 90. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 91. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 92. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 93. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 94. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 95. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 96. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 97. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 98. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 99. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 101. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 50. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 60. Parteijubiläum [REDACTED]

[REDACTED]

zum 60. Parteijubiläum [REDACTED]

[REDACTED]

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM OKTOBER

zum 90. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 91. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 92. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 93. Geburtstag [REDACTED]

[REDACTED]

zum 94. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 95. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 96. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 97. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 98. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 100. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 101. Geburtstag: *Walter* [REDACTED]

[REDACTED]

zum 50. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 60. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

IMPRESSUM

Herausgeber:
Andreas Reißig

Redaktion: Andreas Reißig -
Stefanie Liepins

Anschrift:

SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Fon 0711 619 36-31 · Fax -55

E-Mail: andreas.reissig@spd.de

Internet: www.spd-bw.de

CHRISTOPHER-STREET-DAY: SPD FEIERT DIE EHE FÜR ALLE

Engagement gegen Diskriminierung bleibt auf der Tagesordnung



Die SPD Baden-Württemberg war auf den großen Christopher-Street-Day-Paraden in Stuttgart und Mannheim mit vielen begeisterten Genossinnen und Genossen dabei. Mit dem Durchbruch bei der „Ehe für alle“ gab es dieses Jahr einen besonderen Grund zu feiern. Gemeinsam mit Abgeordneten und Kandidierenden nahmen auch die Landesvorsitzende Leni

Breymaier und Generalsekretärin Luisa Boos an der Parade vor 250.000 Zuschauern in Stuttgart teil.

Leni Breymaier zeigte sich begeistert: „Dass wir dieses Jahr die Ehe für alle feiern, hätte ich im Frühjahr noch nicht gedacht. Darüber freue ich mich. Martin Schulz hat die Gelegenheit beherzt beim

Schopf gepackt. Den CSD als politische Parade wird es aber noch lange geben, da weiterhin Ressentiments in unserer Gesellschaft bestehen. Wir müssen auch in Zukunft Flagge zeigen!“



JUGENDKONGRESS
JUGEND – POLITIK – BETRIEB
09.-10. SEPTEMBER 2017
IN STUTT GART

JUSOS IM GANZEN LAND UNTERWEGS



Auch dieses Jahr fahren die Jusos Baden-Württemberg wieder mit einer Bustour durch das ganze Land und unterstützen tatkräftig den Wahlkampf. Ab dem 1. September fährt der Bus 35 Stationen an und ist mit Aktionen zu den Themen Europa, Wohnen und Sozialpolitik unterwegs, mit denen gezielt Jungwähler angesprochen werden. Begleitet wird die Tour von einer Cocktail-Bar und dem Juso-Maskottchen: einem aufblasbaren Einhorn.

Wie bringt man Jugend, Politik und Betrieb ganz praktisch zusammen? Welche Inhalte sind für junge sozialdemokratische Gewerkschafter*innen wichtig? Wie werden die Interessen der Beschäftigten in die SPD getragen? Wie können Deine Ideen und Alltagserfahrungen politisch wirksam werden? Wie kannst Du als junge*r Gewerkschafter*in kommunale Politik machen?

Diskutiere diese und weitere Fragen in Workshops. Sprich mit Landes-, Bundes- und Europapolitiker*innen über Themen, die Du für wichtig hältst. Tausche Dich mit anderen jungen Gewerkschafter*innen aus und knüpfe neue Kontakte. Gemeinsam mit anderen kannst Du in der SPD für junge Arbeitnehmer*innen mehr erreichen.

Die Teilnahme am Jugendkongress im Stuttgarter Willi-Bleicher-Haus ist kostenlos, Verpflegung und Unterkunft (in Mehrbettzimmern in der Jugendherberge Stuttgart International) inbegriffen.

Anmelden kannst Du Dich unter anmeldung_spd-bw@spd.de. Wir freuen uns auf Dich!

Bei viel zu vielen Fußballspielen gehören gewalttätige Ausschreitungen, Sachbeschädigungen, Strafanzeigen, unschöne Bilder vom verheerenden Auftreten sogenannter Ultras und das verbotene Abbrennen von Pyrotechnik leider zur Tagesordnung. „Diese Bilder lösen Ängste in der Bevölkerung aus, gleichzeitig führen die Ausschreitungen zu einer bedenklichen Mehrbelastung der Polizei“, konstatiert Fraktionsvize Sascha Binder. Die SPD sagt Chaoten-Randale bei Fußballspielen deshalb entschieden den Kampf an. Binder hat einen Zehn-Punkte-Plan für mehr Sicherheit in den Stadien ausgearbeitet. Wir veröffentlichen den Maßnahmenkatalog in einer leicht gekürzten Fassung.

1. Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polizei, Fanbetreuern und Fans

Weder kann es allein der Polizei überlassen werden, Gewalt zu verhindern noch kann es den Vereinen und Fanprojekten allein obliegen, Gewalt zu beheben. Diese Aufgabe muss in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit bearbeitet werden. Fanprojekte können vor Ort dafür sorgen, mit präventiver und sozialpädagogischer Arbeit insbesondere mit jungen Fußballfans Gewalt vorzubeugen. Sollte es dennoch zu Gewalt kommen, müssen Polizei, Fanprojekte und Fans bzw. Fanbetreuer diese Ausschreitungen gemeinsam aufklären.

2. Frühzeitige Verhinderung des Stadionbesuchs von gewaltbereiten Personen

Gewaltbekannte Personen müssen möglichst frühzeitig gestoppt werden. Bei Personen mit Stadionverbot, bei polizeibekanntem Störern und Gewalttätern ist zu prüfen, welche polizeirechtlichen Maßnahmen in Betracht kommen. Diese sind dann konsequent anzuwenden. Gegenüber den genannten Personengruppen sind Meldeauflagen während der Spieltage am Wohnort zu verhängen, um Stadionbesuche zu verhindern. Hierzu wollen wir die Meldeauflage als Standardmaßnahme in das Polizeigesetz aufnehmen.

3. Stärkere Überwachung der Anreise

Die Anreise etwa in Sonderzügen muss stärker überwacht und kontrolliert werden, um Störer und Gewalttäter bereits im Vorfeld zu identifizieren und zu verhindern, dass diese ins Stadion bzw. in die Nähe des Stadions gelangen. Wer schon bei der Anreise durch Gewalttätigkeiten auffällt, darf nicht ins Stadion kommen. Die erforderliche Identifizierung der tatverdächtigen Personen im konkreten Fall muss im Zweifel durch die mitfahrenden Beamten der Bundes-

ZEHN-PUNKTE-PLAN FÜR MEHR SICHERHEIT IN DEN STADIEN

STOPP FÜR CHAOTEN-RANDALE BEIM FUSSBALL



Sascha Binder sitzt seit 2011 für den Wahlkreis Geislingen im Landtag. Der 34jährige Jurist ist Fraktionsvizechef und für die Innen- und Rechtspolitik zuständig. Der begeisterte Fußballfan ist Mitglied des VfB Stuttgart und des SC Geislingen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Verantwortlich:
Nicole Matthöfer
Redaktion:
Martin Mendler

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-711/728
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

www.facebook.com/
spdlandtagbw

www.twitter.com/
spdlandtagbw

polizei erfolgen, die den Fußballvereinen dann ein Stadionverbot empfehlen kann.

4. Konsequente privatrechtliche Stadionverbote für polizeibekannte Störer und Gewalttäter

Die Vereine bzw. DFB/DFL müssen konsequent Sanktionen gegen Randalierer im Rahmen von Fußballspielen verhängen. Die Vereine dürfen auch vor langen und bundesweiten Stadionverboten nicht zurückschrecken. Die Scheu einzelner Vereine ist nicht angebracht. Sollten sich die Vereine nicht in der Lage sehen, Stadionverbote zu verhängen, müssen das DFB/DFL übernehmen.

5. Schnellverfahren bei Hochrisikospielen

Bei Hochrisikospielen müssen grundsätzlich Staatsanwälte im Fußballstadion sein und eine ausreichende Anzahl von Ermittlungsrichtern Bereitschaftsdienst haben. Dadurch soll Ausschreitungen konsequent begegnet werden können. Mithilfe von Videoaufnahmen können Gewalttäter identifiziert werden. Der Staatsanwalt kann die betroffenen Personen festnehmen lassen und zügig Ermittlungen einleiten.

6. Vorausschauende Spieltagsplanung

Es muss Ziel sein, die Abstimmung zwischen Vereinen, DFB/DFL und Polizei bei der Spieltagsplanung weiter zu verbessern. Terminverschiebungen müssen möglich sein, wenn es sich abzeichnet, dass die Polizei am Spieltag z.B. durch weitere Veranstaltungen besonders gefordert ist. Hochrisikospiele sollten nicht am Abend stattfinden.

7. Qualifizierung von Ordnern verbessern, Kontrolle stärken

Vor allem bei Hochrisikospielen wird neben dem vereinseigenen Sicherheitsdienst oftmals auch ein externer, privater Sicherheitsdienst eingesetzt. Dies birgt die Gefahr, dass die eingesetzten Personen nicht ausreichend geschult sind, insbesondere im Hinblick auf die spezifischen Anforderungen zur Gewährleistung von Sicherheit bei Fußballspielen. Wir fordern von DFB/DFL die Einführung eines Zertifizierungsverfahrens für private Sicherheitsunternehmen. Die Schulung muss auch den Umgang mit gewalttätigen Personen und Maßnahmen der Gewaltprävention umfassen.

8. Steuerung über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Vereine müssen als Steuerungsinstrument beim Erwerb von Tickets bzw. Fahrkarten genutzt werden. Darüber können bereits im Vorfeld von Spielen verbindliche Regelungen aufgestellt werden. Die Ticket-AGB der Fußballvereine sind auf Verbotstatbestände insbesondere hinsichtlich Vermummung zu überprüfen und im Lichte der jüngsten Ausschreitungen bei Bedarf zu verschärfen.

9. Personalisierte Auswärtstickets

Sollte die Gewalt in Stadien weiterhin anhalten, ist auch über personalisierte Auswärtstickets nachzudenken. Die namentliche Ausstellung von Auswärtstickets ist eine ernstzunehmende Möglichkeit, um bekannte Gewalttäter und Störer von einem Stadionbesuch abzuhalten.

10. Kostenübernahme bei Fußballspielen durch DFL/Vereine

Bei Fußballspielen besteht auch im Vergleich zu anderen kommerziellen Veranstaltungen eine erhöhte Gefahr für Gewalttätigkeiten. Insbesondere bei Hochrisikospielen übersteigen die notwendigen Polizeikräfte den sonst erforderlichen polizeilichen Grundschutz. Vor diesem Hintergrund wird seit Jahren die Frage diskutiert, ob Veranstalter von Fußballspielen (DFB/DFL, Vereine) an den Kosten beteiligt werden sollen, die über das normale Maß anfallen. In Baden-Württemberg gab es von 1968 bis 1991 eine Regelung im Polizeigesetz, die den Polizeikostensersatz regelte. Die SPD-Fraktion will eine gebührenrechtliche Ermächtigungsgrundlage schaffen.

Ersatzpflichtig sollen bei kommerziellen Großveranstaltungen diejenigen Sicherheitsmaßnahmen sein, die über das normale Maß an Polizeieinsätzen hinausgehen. Die gebührenpflichtigen Maßnahmen und die Höhe der Gebühren sollen in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Die Auswirkungen der gebührenrechtlichen Regelung sollen nach drei Jahren evaluiert werden. Sollte der Personalaufwand der Polizei infolge der gebührenrechtlichen Regelung zurückgegangen sein, wird die Rechtsgrundlage aufgehoben. ■

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD

Die SPD hat einen Fünf-Punkte-Plan für eine Offensive im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgelegt. „Wir wollen, dass Baden-Württemberg Vorreiter bei Bussen und Bahnen wird. Nur so schaffen wir eine zukunftsfähige Mobilität, die Mensch und Umwelt entlastet, das Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV fördert und das Stauchaos beseitigt“, erklärte Fraktionschef Andreas Stoch. Verkehrsexperte Martin Rivoir wies darauf hin, dass angesichts übervoller Haushaltskassen in erster Linie ein Investitionsprogramm für den Bau neuer Infrastrukturen und die Beschaffung von Bussen und Bahnen gestartet werden muss. „Um Infrastruktur und Angebote im ÖPNV attraktiv zu machen, muss das Land viel mehr investieren und das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) neu ausrichten“, erklärte Rivoir.

Das Fünf-Punkte-Programm für eine ÖPNV-Offensive im Einzelnen:

1. Ein echtes Investitionsprogramm für neue Straßen- und Stadtbahnen und nicht nur ein Ersatzbeschaffungsprogramm für Alt-Fahrzeuge wie von Grün-

Fünf-Punkte-Programm für ÖPNV-Offensive



Schwarz beschlossen. Der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat einen Investitionsbedarf für Schienenfahrzeuge von 100 Mio. Euro pro Jahr ermittelt. Nach aktueller Förderquote im LGVFG sind dies 50 Mio. Euro pro Jahr.

2. Das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) muss ab dem Jahr 2020 auf eine neue Finanzierungsgrundlage gestellt werden. Wir fordern daher eine Erhöhung der Mittel des Landes für das LGVFG von 165 Mio. Euro auf insgesamt 300 Mio. Euro. Davon sollen wieder 60 Prozent für den ÖPNV bereit stehen (180 statt 75 Mio. Euro), 50 Mio. Euro für die Fahrzeugfinanzierung und weitere 130 Mio. Euro für ÖPNV-Projekte im Rahmen des LGVFG. Auch für den Radverkehr wollen wir mehr Geld ausgeben. 20 statt 15 Mio. Euro, davon 5 Mio. Euro für ein gezieltes Lückenschlussprogramm für kommunale Radwege.

3. Da die Regionalisierungsmittel nicht mehr das Sorgenkind der ÖPNV-Finanzierung sind, müssen die erhöhten Mittel des Bundes in erster Linie in den notwendigen Angebotsausbau des re-

gionalen Schienen- und S-Bahnverkehrs, d.h. in mehr Züge und dichtere Takte, investiert werden. Ebenso hat das Land für einen pünktlichen und zuverlässigen SPNV Sorge zu tragen.

4. Das Land hat im Winter 2016/17 für das sog. Feinstaubticket im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) über 6 Mio. Euro ausgegeben. Der Erfolg der Maßnahme war allerdings überschaubar. Dieses Geld darf in Zukunft als Beitrag des Landes im Kampf gegen Feinstaub und Stickoxide in der von den Verkehrsproblemen am stärksten betroffenen Region Stuttgart nicht verloren sein, sondern muss bis zur Lösung der Problematik für tarifliche Maßnahmen, wie z. B. eine große VVS-Tarifreform, für den ÖPNV in der Region Stuttgart zur Verfügung stehen.

5. Im Zuge der Neuausrichtung der Verbundförderung muss auch die Zahl der Verkehrsverbände in Baden-Württemberg kritisch überprüft werden. Es ist nicht vermittelbar, warum das größere Nordrhein-Westfalen mit 9 Verkehrsverbänden auskommt, es in Hessen nur 3 gibt, in Baden-Württemberg aber 22. Der Zusammenschluss von Verkehrsverbänden muss deshalb gefördert werden. ■

INFOS UND DISKUSSION MIT HOCHKARÄTIGEN EXPERTEN

Die „SPD-Südschiene“ lädt zur Veranstaltung über die Zukunft der Automobilindustrie



Der fundamentale Wandel durch Digitalisierung, ein verändertes Mobilitätsverhalten und immer drängendere Umweltaspekte führen dazu, dass die Zukunft der Mobilität weit oben auf der politischen Tagesordnung steht. Die aktuellen Kartellvorwürfe und die Diskussion um Abgasmanipulationen in der Automobilindustrie fallen in eine Zeit, in der der Trend weg vom Verbrennungsmotor ohnehin in vollem Gange ist.

Als traditionelle Automobilstandorte sind wir in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen besonders von dieser Entwicklung betroffen. Deshalb haben wir als SPD

auf der „Südschiene“ Deutschlands eine gemeinsame Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die sich ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt.

Auf unserer ersten Veranstaltung wollen wir zusammen mit Arbeitgebern und Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften, damit befassten Organisationen und Umweltverbänden den Fokus darauf legen, welche industriellen Umbrüche bevorstehen und was das für unsere Arbeitswelt, die Arbeitsplätze und die Mobilität bedeutet. Sie findet statt am Mittwoch, 6. September 2017 von 14.00 bis 16.00 Uhr in der Stuttgarter Liederhalle.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung unter: anmeldung_spd-bw@spd.de

14:00 Begrüßung
Leni Breymaier
 Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg

14:15 Impulse
Blick in die Zukunft der Arbeit · Michael Brecht ·
 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Daimler AG

Blick in die Zukunft der Unternehmen und Betriebe
Dr. Martin Koers · Leiter der Abteilung Wirtschafts- und
 Klimaschutzpolitik des Verbands der Automobilindustrie

Blick in die Zukunft der Umwelt · Dr. Brigitte Dahlbender
 Landesvorsitzende des BUND in Baden-Württemberg

15:00 Podium
Thorsten Schäfer-Gümbel · Landes- und Fraktionsvorsitzender
 der SPD Hessen, stellvertretender Parteivorsitzender

Roman Zitzelsberger · Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg

Stefan Brötz · Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands
 Spedition und Logistik Baden-Württemberg e.V.

Matthias Knobloch · Abteilung Verkehrspolitik des Auto Club Europa e.V.

Moderation: **Andreas Stoch** · Vorsitzender der
 SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

15:30 Saaldiskussion

16:00 Zusammenfassung / Schlusswort
Natascha Kohnen · Landesvorsitzende der SPD Bayern